Wer hilft den Pädagogischen Hochschulen?

Autor(en): **Herzog, Walter**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Bulletin / Vereinigung Schweizerischer Hochschuldozenten = Association Suisse des Professeurs d'Université**

Band (Jahr): **32 (2006)**

Heft 1

PDF erstellt am: **29.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-894050

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Ein besonderes Problem kann hier nur angedeutet werden: Die in den verschiedenen Regionen der Schweiz weit auseinander liegenden Strukturen der neuen Pädagogischen Hochschulen vor allem was die Anforderungsprofile an die Dozentinnen und Dozenten der Institutionen anbetrifft.

Anmerkungen:

1) S. dazu K.Wegenast, Die empirische Wendung in der Religionspädagogik, in: Der Evangelische Erzieher 20 (1968), 111-125,; jetzt auch in Klaus Wegenast, Lern-Schritte, Stuttgart 1999, 34-50; vgl. auch H.Roth, Pädagogische Anthropologie I, Bildsamkeit und Bestimmung, Hannover 1966, 99.

2) Empfehlenswerte Literatur zum Problem: Herbert Aktrichter/Waltraud Lobenweil, Forschendes Lernen in der Lehrerbildung? in U.Dirks/W.Hansmann (Hg.), Reflexive Lehrerbildung, Weinheim 1999, 169-196; Rainer Bromme, Der Lehrer als Experte, Bern 1992; ders., Kompetenzen, Funktionen und unterrichtliches Handeln des Lehrers, in: Enzyklopädie der Psychologie, Serie I: Pädagogische Psychologie Bd.3, Göttingen 1997, 177-212; Fritz Oser/Jürgen Oelkers (Hg.), Die Wirksamkeit der Lehrerbildungssysteme. Von der Allrounderbildung zur Ausbildung professioneller Standards, Chur und Zürich 2001.

3) Für die folgenden Bemerkungen verdanke ich viel einem Aufsatz von D.Fischer, "Neun Thesen zur Lehrerbildung" in der Zeitschrift "Katechetische Blätter 130, 2005, 334-338.

Wer hilft den Pädagogischen Hochschulen?

Walter Herzog

Nach den Vorstellungen der Politik soll es in naher Zukunft nicht nur einen harmonisierten "Bildungsraum Schweiz", sondern auch einen einheitlichen "Hochschulraum Schweiz" geben. Erste Grundlagen dafür sind mit dem Universitätsförderungsgesetz, dem Fachhochschulgesetz und den neuen Bildungsartikeln in der Verfassung (über die am 21. Mai 2006 abgestimmt wird) bereits gelegt worden. Mit dem geplanten Hochschulrahmengesetz, welches das Universitätsförderungsgesetz ablösen soll, wird der Bereinigungsprozess weitergehen. Wer den politischen Diskurs verfolgt, dem muss allerdings auffallen, dass die Reichweite der Planierungsarbeiten im "Hochschulraum Schweiz" beschränkt ist.

Im Visier der Politik stehen die zwei Eidgenössischen Technischen Hochschulen (ETH), die zwölf kantonalen Universitäten und die sieben Fachhochschulen. Unbemerkt bleiben die Pädagogischen Hochschulen, die seit 2001 ebenfalls Anspruch erheben, der schweizerischen Hochschullandschaft anzugehören. Sind sie zu spät gekommen, als dass man sie in die Reformen noch hätte einbeziehen können? Oder sind sie zu unbedeutend, zu bescheiden oder zu unbekannt, als dass man überhaupt wüsste, mit wem man es zu tun hat?

Unzureichender politischer Rückhalt

Der Zeitpunkt kann es nicht sein, denn die Reform der Lehrerbildung ist spätestens seit den "Thesen zur Entwicklung Pädagogischer Hochschulen" (EDK 1993) und den anschliessenden "Empfehlungen zur Lehrerbildung und zu den Pädagogischen Hochschulen" (EDK 1995) ein Anliegen, das nicht nur einen starken politischen Willen hinter sich weiss, sondern auch zu einer breiten Diskussion geführt hat, die den massgeblichen Akteuren im "Hochschulraum Schweiz" nicht entgangen sein kann. Innert vergleichsweise kurzer Zeit ist die traditionelle seminaristische Form der Lehrerbildung in allen Kantonen der Schweiz aufgehoben und auf tertiäres Niveau angehoben worden. Seit 2002 gibt es auch ein Gremium, das die Interessen der Pädagogischen Hochschulen auf eidgenössischer Ebene vertritt: die Schweizerische Konferenz der Rektorinnen und Rektoren der Pädagogischen Hochschulen (SKPH). Sie fungiert als Fachkonferenz der EDK und nennt als eine ihrer Aufgaben die Integration der Pädagogischen Hochschulen ins schweizerische Hochschulsystem. Dazu arbeitet sie mit der Vereinigung der Rektoren der schweizerischen Universitäten (CRUS) und der Vereinigung der Schulleiter der schweizerischen Fachhochschulen (KFH) zusammen. Die KFH wurde 1999, die CRUS 2001 als Nachfolgegremium der Schweizerischen Hochschulrektorenkonferenz gegründet. Alle drei Gremien beruhen auf Zusammenschlüssen der operativen Leitungen des jeweiligen Hochschultyps.

Im Falle der Pädagogischen Hochschulen scheint dies der Grund zu sein, weshalb sie im politischen Diskurs wenig Aufmerksamkeit finden. Denn die SKPH steht gleichsam alleine da, wenn es gilt, die Hochschulen der Lehrerbildung ins Gespräch zu bringen. Während sowohl die Universitäten (einschliesslich die ETHs) als auch die Fachhochschulen über potente Gremien verfügen, um sich politisch bemerkbar zu machen - man denke an die Schweizerische Universitätskonferenz (SUK), den ETH-Rat, das Staatssekretariat für Bildung und Forschung (SBF), die Eidgenössische Fachhochschulkommission (EFHK) sowie das Bundesamt für Berufsbildung und Technologie (BBT) -,

fehlen den Pädagogischen Hochschulen analoge Organe auf Bundesebene. Ihre Interessen werden ausschliesslich von der EDK wahrgenommen, in der aber lediglich die Kantone vertreten sind.

Die EDK macht wenig Anstalten, die Pädagogischen Hochschulen in den Diskurs um die Reform der schweizerischen Hochschullandschaft einzubringen. Das hat nicht nur mit der kantonalen Hoheit über die Lehrerbildung zu tun, die man sich bewahren möchte, sondern auch mit der Assimilation der Pädagogischen Hochschulen an den Typus Fachhochschule. Seit 1995 gilt nach Losung der EDK, dass die Pädagogischen Hochschulen nicht, wie in den "Thesen" von 1993 ursprünglich postuliert, zwischen den Universitäten und den Fachhochschulen stehen und damit einen eigenen Typus von Hochschule bilden, sondern der Kategorie der Fachhochschulen zugehören (EDK 1995, p. 2). Auf ihrer Homepage rechnet die EDK die Pädagogischen Hochschulen dem "System der Fachhochschulen" zu. Und im Bericht ihres Generalsekretariats über den Aufbau der Pädagogischen Hochschulen heisst es unter ausdrücklicher Bezugnahme auf die laufenden Reformen im Hochschulbereich: "Die Pädagogischen Hochschulen sollen als Teil des berufs und praxisorientierten Fachhochschulsystems in die Gesamtsteuerung des Hochschulwesens einbezogen werden" (Generalsekretariat EDK 2005, p. 13). Ausser dass sie vom Bund keine Subventionen erhalten, scheinen sich die Pädagogischen Hochschulen in nichts von den Fachhochschulen zu unterscheiden.

So scheint man es auch von Seiten des Bundes zu sehen. Obwohl die Pädagogischen Hochschulen im "Bericht über die Neuordnung der schweizerischen Hochschullandschaft" nur marginal Erwähnung finden, wird ihnen auch hier der "Status von Fachhochschulen" (2004, S. 11) zugewiesen. Dementsprechend sind sie in der Konferenz der Hochschulträger, die der Bericht als neues Steuerungsgremium für den "Hochschulraum Schweiz" vorsieht, nicht als eigenständige Hochschulen vertreten, sondern nur sofern sie einer Fachhochschule angehören. Die Neuordnung der schweizerischen Hochschullandschaft konzentriert sich offenbar auf jene Sektoren, wo der Bund schon bisher Regelungskompetenz und finanzielle Verpflichtungen hatte. Dazu gehören die Eidgenössischen Technischen Hochschulen, die kantonalen Universitäten und die Fachhochschulen. Die Pädagogischen Hochschulen gehören nicht dazu oder werden wie selbstverständlich den Fachhochschulen zugeordnet.

Welche Art von Hochschule?

Aber sind Pädagogische Hochschulen tatsächlich nichts anderes als Fachhochschulen? Kann man sie gleichsam unter der Hand und ohne weiteres in die schweizerische Hochschullandschaft einfügen, d.h. ohne dass über ihre Aufgaben, ihre Struktur und ihre Besonderheiten eine Diskussion geführt würde? Die Fragen sind umso berechtigter, als über den Status der Lehrerbildung durchaus abweichende Auffassungen bestehen. So findet die Lehrerbildung in vielen Ländern an Universitäten statt. Sowohl in Deutschland wie in dem wegen seiner PISA-Erfolge so viel beschworenen Finnland werden die Lehrkräfte aller Stufen universitär ausgebildet. Selbst in der Schweiz hat die Reform der Lehrerbildung zu unterschiedlichen Systemen geführt. Zwar finden die Ausbildungen für die Vorschul und die Primarstufe fast überall an Pädagogischen Hochschulen statt - die Ausnahme bildet Genf mit einem universitären Studiengang -, jedoch bestehen auf den Sekundarstufen I und II recht unterschiedliche Strukturen mit einer zum Teil starken Anbindung an die Universitäten oder einer vollen universitären Integration. Vor allem in der Lehre ist die Kooperation mit den Universitäten weit stärker ausgeprägt als mit den Fachhochschulen, die allenfalls in den Bereichen Kunst, Gestaltung und Musik Aufgaben für die Lehrerbildung übernehmen.

Ergeben sich allein schon dadurch Zweifel an der Legitimität der Zuordnung der Pädagogischen Hochschulen zu den Fachhochschulen, so mehren sich die Vorbehalte, wenn man die Zulassungsbedingungen etwas genauer unter die Lupe nimmt. Diese sind bei den Universitäten und Fachhochschulen klar geregelt: gymnasiale Maturität im einen, Berufsmaturität im anderen Fall. Auch kreuzweise ist der Zugang möglich, denn eine Verordnung des Bundesrats erlaubt seit kurzem, von der Berufsmaturität über eine "Passerelle" (sprich: Zusatzprüfung) an die Universität zu gelangen, und mit einer gymnasialen Maturität kann nach einem einjährigen Berufspraktikum ein Fachhochschulstudium aufgenommen werden. Im Falle der Pädagogischen Hochschulen ist demgegenüber die gymnasiale Maturität der Regelzugang, was eine klare Nähe zu den Universitäten signalisiert.

Allerdings kann nicht übersehen werden, dass das Kriterium der gymnasialen Maturität in verschiedenen Kantonen unterlaufen wird. Je nachdem kann über den Weg der Fachmittelschule, der Handelsmittelschule, der Berufsmaturität oder der Berufslehre mit Berufserfahrung ein Lehrerstudium aufgenommen werden. Dabei sind die Zulassungsverfahren für Studierende ohne gymnasiale Maturität an den verschiedenen Pädagogischen Hochschulen höchst unterschiedlich (vgl. SKPH 2005). Offiziell müssen Mängel in der Allgemeinbildung behoben werden, doch wird dies von Hochschule zu Hochschule verschieden streng gehandhabt und zum Teil erst während des Studiums endgültig geklärt. Dazu kommt, dass die Anerkennungsrichtlinien der EDK je nach Studiengang einen differenten Zugang erlauben.

Eine weitere Aufweichung der Zulassungsbedingungen wird die "Fachmaturität Pädagogik" bringen, die den direkten ‹bertritt in die Studiengänge der Vorschul und der Primarstufe ermöglichen soll. Je mehr das Zulassungskriterium gymnasiale Maturität aufgeweicht wird, desto näher rücken die Pädagogischen Hochschulen zu den Fachhochschulen. Gänzlich auf die Karte Fachhochschule setzen jene Kreise, die auch die Berufsmaturität als prüfungsfreien Zugang zu den Pädagogischen Hochschulen anerkennen wollen.

Trotzdem bleibt unbestritten, dass der Zugang zu den Pädagogischen Hochschulen ein besonderer ist. Denn sowohl der Weg der Allgemeinbildung, der an eine Universität führt, als auch derjenige der Berufsbildung, der in eine Fachhochschule mündet, folgen einer linearen Entwicklungslogik, während der typische Weg, der an eine Pädagogische Hochschulen führt, gebrochen ist. Wie die Fachhochschulen bereiten zwar auch die Pädagogischen Hochschulen auf einen Beruf vor, aber sie tun es nicht für Studierende, denen das Berufsfeld bereits aufgrund einer Berufslehre vertraut ist. Die Allgemeinbildung, die von den Lehrerstudierenden erwartet wird, kann nicht durch Berufsbildung ersetzt werden - schon gar nicht in der heutigen "Wissensgesellschaft", die in zunehmendem Masse auf eine breite Allgemeinbildung angewiesen ist. Insofern muss der Regelzugang zu den Pädagogischen Hochschulen die gymnasiale Maturität sein.

Nur nebenbei gesagt, ist die Unterbietung der Aufnahmekriterien, wie sie von einigen Pädagogischen Hochschulen praktiziert wird, auch in gleichstellungspolitischer Hinsicht fragwürdig. Die Liberalisierung "nach unten", indem das Kriterium der gymnasialen Maturität für die Studiengänge der Vorschul und der Primarstufe für optional erklärt wird, arbeitet der Feminisierung des Lehrerberufs direkt in die Hände. Die Geschichte der Fachmittelschulen (FMS) führt über die Diplommittelschulen (DMS) zu den "Höheren Töchterschulen" zurück, was die vorwiegend weibliche Schülerschaft dieses Mittelschultyps erklärt. Man kann nicht - wie dies die EDK und deren Präsident ansonsten gerne tun - mehr Männer für den Lehrerberuf einklagen und gleichzeitig einer Politik der Zulassung zu den Pädagogischen Hochschulen das Wort reden, die das pure Gegenteil bewirkt.

Neben den Zulassungsbedingungen gibt auch die Forschung Aufschluss über den Status einer Hochschule. Die Formel "gleichwertig, aber andersartig", mit der die Einheit der Differenz von Universität und Fachhochschule bezeichnet wird, scheint nicht zuletzt auf die Forschung gemünzt zu sein. Der Auftrag der Universitäten soll in der Grundlagenforschung, derjenige der Fachhochschulen in der angewandten Forschung liegen.

Auch die Forschung an den Pädagogischen Hochschulen, so heisst es, müsse einen Anwendungsbezug aufweisen. In den "Empfehlungen" der EDK zu den Pädagogischen Hochschulen ist von einer "berufsfeldbezogenen Entwicklung und Forschung" (1995, p. 2) die Rede. Ähnliche Formulierungen finden sich in den meisten kantonalen Gesetzen über die Pädagogischen Hochschulen. Doch die Unterscheidung von Grundlagen und angewandter Forschung macht im Bereich von Schule und Unterricht wenig Sinn. Es gibt in den Erziehungswissenschaften keine Forschung, die ohne Anwendungsbezug wäre. Für die Pädagogischen Hochschulen stellt sich daher nur die Frage, von welcher Qualität ihre Forschung ist.

Zu beachten ist auch, dass die Pädagogischen Hochschulen ihre Forschungsprojekte nicht wie die Fachhochschulen über private Geldgeber oder Kooperationspartner finanzieren können. Die Bildungsforschung ist fast ganz auf die Mittel der öffentlichen Hand angewiesen. Dementsprechend gering ist die Resonanz, die "DORE", das auf die Forschungsförderung an den Fachhochschulen ausgerichtete Programm des Schweizerischen Nationalfonds, bei den Pädagogischen Hochschulen auszulösen vermag. Die finanzielle Partnerschaft mit einem Anwender der Forschungsergebnisse, die DORE verlangt, ist von den Pädagogischen Hochschulen kaum zu leisten. Die Tatsache, dass die Schweizerische Gesellschaft für Bildungsforschung (SGBF) ihre Mitglieder genauso an Pädagogischen Hochschulen wie an Universitäten rekrutiert, ist ein weiterer Beleg dafür, dass die Aufgliederung der pädagogischen Forschung in zwei Arten von Forschung wenig Sinn macht. Gemessen am Kriterium der Forschung gehören die Pädagogischen Hochschulen eindeutig zu den Universitäten und nicht zu den Fachhochschulen.

Vom Sonderfall zum Sonderfall

Bei aller Nähe zu den Universitäten kranken die Pädagogischen Hochschulen jedoch an einem Problem, das Zweifel weckt, ob sie überhaupt in die schweizerische Hochschullandschaft passen. Das Problem liegt in der Lehre, genauer: in den uneinheitlichen Studiengängen und atypischen Studienabschlüssen, welche die Pädagogischen Hochschulen anbieten. Was Letzteres anbelangt, so ermöglichen die Diplome der meisten Pädagogischen Hochschulen kein Weiterstudium an einer Universität oder Fachhochschule. Ebenso wenig wie ein PH-Bachelor den Wechsel in ein Master-Studium an einem anderen Hochschultyp zulässt, verschafft der PH-Master Zugang zu einem universitären Doktoratsprogramm.

Das ist zwar auch zwischen den universitären und den Fachhochschulen nicht anders, jedoch macht die Tatsache, dass die PH-Abschlüsse weder an den Universitäten noch an den Fachhochschulen Einlass gewähren, die Pädagogischen Hochschulen zu isolierten Enklaven in der schweizerischen Hochschullandschaft.

Selbst zwischen den Pädagogischen Hochschulen ist die Mobilität angesichts unterschiedlich definierter Bildungsgänge fraglich. An einigen Pädagogischen Hochschulen werden Studiengänge angeboten, die nur die Vorschulstufe (Kindergarten) umfassen, an anderen gibt es Studiengänge für die Vorschulstufe und die ersten Primarschuljahre (wobei im einen Fall die erste und zweite, im anderen die erste, zweite und dritte Klasse der Primarstufe abgedeckt sind) und nochmals an anderen kann man Studiengänge für die Vorschulstufe und die gesamte Primarschulzeit (wobei diese entweder die 1.-5. oder die 1.-6. Klasse umfasst) belegen. Auf der Sekundarstufe I unterscheiden sich die Studiengänge nicht in Bezug auf die Klassenstufen, aber im Umfang und in der Kombination der Fächer. In einem Fall gibt es sogar einen kombinierten Studiengang für die Sekundarstufe I und die Maturitätsschule. Die Dauer der Studiengänge ist unterschiedlich. Angesichts des Bereinigungsprozesses, der an den Universitäten und Fachhochschulen im Zuge der Bolognareform stattfindet, ist dies eine bedauerliche Situation. Fast hat man den Eindruck, die Pädagogischen Hochschulen seien geschaffen worden, um dem schweizerischen "Kantönligeist" zu frönen.

Das Problem verschärft sich dadurch, dass selbst innerhalb der Pädagogischen Hochschule keine konsekutiven Studiengänge definiert sind. Der Bachelor-Abschluss ist für die Studiengänge Vorschulstufe und Primarstufe der Regelabschluss. Ein Weiterstudium auf der Master-Ebene ist nicht möglich, auch wenn Anschlussoptionen zurzeit diskutiert werden. Umgekehrt ist der Bachelor-Abschluss im Rahmen des Studienganges Sekundarstufe I kein "echter" Bachelor, da er keine Lehrbefähigung impliziert und nicht auf ein Berufsfeld vorbereitet. Wer auf der Sekundarstufe I unterrichten will, muss zwingend mit dem Master abschliessen. Faktisch heisst dies, dass die Bolognareform von den Pädagogischen Hochschulen noch nicht wirklich umgesetzt worden ist.

Der Sonderstatus der Pädagogischen Hochschulen zeigt sich auch im internationalen Vergleich. In kaum einem europäischen Land findet die Lehrerbildung noch ausserhalb der Universitäten statt. Das hat zur Folge, dass die Pädagogischen Hochschulen auch keine Anschlüsse an ausländische Hochschulen bieten.

Selbst Auslandsemester sind trotz äusserlicher Angleichung an das System der gestuften Studiengänge nur bedingt möglich. Die Idee, die der Staatssekretär für Bildung und Forschung an die Bolognareform geknüpft hat, dass man nämlich im Laufe seiner Ausbildung "zuerst den Bachelor-Grad in Lausanne oder Paris, dann den Master-Grad in London oder Aachen (erwirbt)" (Kleiber 2002, p. 8), um nach Abschluss seines Studiums "perfekt zweisprachig" (ebd.) zu sein, wird für Lehrerstudierende ein frommer Wunsch bleiben - eine ernüchternde Einsicht angesichts der Diskussionen um die Einführung von zwei Fremdsprachen an unseren Primarschulen. Solange die Devise "kein Abschluss ohne Anschluss" nicht auch für die Pädagogischen Hochschulen gilt, werden sie in der schweizerischen Hochschullandschaft eine Anomalie darstellen. Am Sonderfall Lehrerbildung scheint sich mit der Einrichtung von Pädagogischen Hochschulen nichts geändert zu haben.

Aufruf an die Universitäten

Das aber heisst, dass den Pädagogischen Hochschulen, sofern sie sich in den "Hochschulraum Schweiz" einfügen wollen, ein Reformpensum auferlegt ist, das die Universitäten und Fachhochschulen weit gehend hinter sich haben. Die Umwandlung der Lehrerseminare in Pädagogische Hochschulen ist von den Kantonen vornehmlich im Alleingang vorgenommen worden. Zwar ist im Falle der Pädagogischen Hochschule Zentralschweiz eine Assoziation von drei Standorten - Luzern, Schwyz und Zug - zustande gekommen, im Falle der Pädagogischen Hochschule Nordwestschweiz haben wir es mit einer bereits weit gediehenen Integration von vier kantonalen Trägern - Aargau, Basel-Landschaft, Basel-Stadt und Solothurn - zu tun, und mit der Haute Ecole Pédagogique BEJUNE haben die Kantone Bern, Jura und Neuchâtel sogar ein veritables Kooperationsprojekt realisiert. Doch die Zahl von 15 Pädagogischen Hochschulen (ohne die universitären Institutionen, aber eingeschlossen die Interkantonale Hochschule für Heilpädagogik in Zürich und das IFMES in Genf) zeigt, dass die Reform der schweizerischen Lehrerbildung nicht in einer Gesamtperspektive erfolgt ist. Die Vision von einem trivalenten Hochschulsystem, die Avenir Suisse gezeichnet hat (vgl. Sporn & Aeberli 2004), müsste gleichsam unterkellert werden: nicht nur globale, europäische und nationale Hochschulen bevölkern den "Bildungsraum Schweiz", sondern auch regionale. Ob wir das wollen?

Geht man von einem jährlichen Bedarf von rd. 3'000 Junglehrkräften (ohne Berufsschullehrer) in der ganzen Schweiz aus, so würden 10'000 Studierende, die permanent in Ausbildung sind, genügen, um die Nachfrage zu befriedigen.

Wie viele Pädagogische Hochschulen braucht es, um 10'000 Studierende auszubilden? Ja braucht es überhaupt spezielle Hochschulen, um die Lehrkräfte nachzuziehen, die unser Schulsystem benötigt? Ein Ziel der Tertiarisierung der Lehrerbildung war auch, dem Lehrerberuf das Sackgassenimage zu nehmen, das ihm seit längerem anhaftet. Faktisch führen die Studiengänge, die von den Pädagogischen Hochschulen angeboten werden, aber nicht zu einer Erweiterung der Karrieremöglichkeiten für Lehrerinnen und Lehrer, sondern zu einer weiteren Verengung. Das kann nicht im Interesse einer Bildungspolitik sein, die sich - auch und gerade dank der EDK - anschickt, den Kantonen die Zügel etwas straffer anzulegen. Es mutet eigenartig an, dass eben jene EDK, die im Volksschulbereich die Harmonisierung der 26 kantonalen Schulsysteme mit Nachdruck vorantreibt, im Bereich der Pädagogischen Hochschulen wenig bis nichts unternimmt, um die Lehrerbildung in den "Bildungsraum Schweiz" einzufügen.

Zu fragen ist auch, ob ein System von 15 Pädagogischen Hochschulen - einige davon im Miniformat - nicht zu teuer ist. Liesse sich das Geld, das in die Infrastruktur der kantonalen Lehrerbildungen fliesst, im "Hochschulraum Schweiz" nicht sinnvoller nutzen? Der unklare Status beinhaltet auch die Gefahr, dass die Pädagogischen Hochschulen die Autonomie, die den universitären und Fachhochschulen versprochen wird, nicht erlangen werden und sie stattdessen unter den Fittichen der kantonalen Behörden verbleiben werden. Das aber könnte sie Attraktivität kosten und zu einem Rückgang der Studierendenzahlen führen. Angesichts der demografischen Probleme, die auf die Schweiz zukommen, wäre dies eine fatale Entwicklung. Denn durch den Rückgang der Geburtenzahlen droht der Schweiz ein Mangel an Arbeitskräften, die im höher qualifizierten Bereich schon heute rar geworden sind. Wir brauchen Schulen, die in der Lage sind, die Begabungsreserven besser auszuschöpfen, die anhaltende Ungleichheit der Bildungschancen abzubauen und mehr zur Integration einer heterogener werdenden Bevölkerung beizutragen. Solche Schulen werden wir nur haben, wenn wir Lehrerinnen und Lehrer ausbilden, die zu diesen Leistungen fähig sind. Für eine optimale Ausbildung muss den angehenden Lehrkräften aber das ganze Hochschulsystem der Schweiz offen stehen und nicht nur jener Schonraum, den die Pädagogischen Hochschulen zurzeit abstecken.

Noch besser wäre es, der Sonderfall Lehrerbildung würde auch in der Schweiz endlich überwunden und die Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer in die Universitäten integriert. Der Kanton Bern hat diesen Weg versucht, allerdings nur halbherzig und mit wenig Glück, und ist daher am Widerstand der Universität gescheitert.

Doch die Universitäten wären der prädestinierte Ort, um den wissenschaftlichen Anspruch, den die Lehrerbildung seit ihrer Tertiarisierung erhebt, einzulösen. Da der politische Arm der Pädagogischen Hochschulen, die EDK, keine Anstalten macht, die Lehrerbildung in den "Hochschulraum Schweiz" zu integrieren, wäre zu wünschen, dass die Universitäten über ihre politischen Gremien Einfluss nähmen, um zu verhindern, dass die Pädagogischen Hochschulen zu akademischen Kümmerlingen werden. Dies durchaus im eigenen Interesse, denn die Qualität der Studierenden ist eine direkte Folge der Qualität der Lehrkräfte, von denen sie unterrichtet wurden. Bei aller Internationalisierung von Lehre und Forschung, kann es nicht im Interesse der Universitäten liegen, sich von den nationalen Aufgaben, deren Erfüllung ihnen schliesslich einen grossen Teil ihrer finanziellen Mittel garantiert, loszusagen. Gerade die Lehrerbildung wäre ein überzeugendes Mittel, um der Öffentlichkeit zu demonstrieren, dass man sich nicht nur der globalen Konkurrenz stellen will, sondern auch bereit ist, den lokalen Bedürfnissen Rechnung zu tragen. Denn dass die Lehrerbildung auch in Zukunft nationalen Interessen zu dienen hat, bleibt unbestritten. Nur schliesst dies nicht aus, dass man die Lehrerinnen und Lehrer an Orten ausbildet, die nicht nur fiktiv, sondern auch real Teil des "Hochschulraumes Schweiz" sind.

Literaturverzeichnis

- Bericht über die Neuordnung der schweizerischen Hochschullandschaft. Bern: Staatssekretariat für Wissenschaft und Forschung 2004 (http://www.sbf.admin.ch/htm/bildung/hochschullandschaft/hsl-d.html).
- EDK [Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren]: Thesen zur Entwicklung Pädagogischer Hochschulen. Dossier 24. Bern 1993.
- EDK [Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren]: Empfehlungen zur Lehrerbildung und zu den Pädagogischen Hochschulen vom 26. Oktober 1995. Bern 1995.
- Generalsekretariat EDK: Lehrerinnen und Lehrerbildung in der Schweiz - Aufbau der Pädagogischen Hochschulen. Bern 2005 (http://www.edk.ch/d/EDK/Geschaefte/framesets/mainLB_d.html).
- Kleiber, Charles: Ein Spitzenbeamter ruft nach "Revolution" (Interview). Bund Nr. 192, 20.8.2002, p. 8.
- SKPH [Schweiz. Konferenz der Rektorinnen und Rektoren der Pädagogischen Hochschulen]: Zulassung zu den Studiengängen an Pädagogischen Hochschulen. Bern 2005 (http://www.skph.ch - Berichte und Publikationen - Dokumente und Berichte).
- Sporn, Barbara & Christian Aeberli: Hochschule Schweiz. Ein Vorschlag zur Profilierung im internationalen Umfeld. Zürich: Avenir Suisse 2004.